
Sachkundige Bürger/innen von Maibach unerwünscht? Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung werden nicht umgesetzt

In der letzten Sitzung des Haupt-und Finanzausschusses (HFA) standen die Punkte „Friedhofsgebührenordnung“ und die Erhöhung der „Steuersätze für Grund- und Gewerbesteuer“ auf der Tagesordnung. Hier kam es insbesondere bei der Beratung zu einer neuen „Friedhofsgebührenordnung“ zu einer Auseinandersetzung zwischen den Ausschussmitgliedern Rosemarie Wenzel (SPD), Joachim Rechholz (BBB) und Bürgermeister Maibach. Zu den Fakten: Auf der Sitzung der „Kommission für Friedhofsangelegenheiten“ am 7. Juli 2010 sagte Maibach im Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ zu, dass über die Änderungsvorschläge zur Friedhofsgebührenordnung auf der kommenden Sitzung gesprochen werden soll. Diese Gebührenordnung wurde nun den Stadtverordneten vorgelegt. Allerdings ohne Beratung in der o.g. Kommission, diese ist bis heute noch nicht einmal gebildet worden.

Normalerweise wird nach jeder Kommunalwahl, oder wenn es sonst notwendig wird, eine Friedhofskommission zur Vorbereitung grundlegender Entscheidungen zu den Friedhöfen der Stadt gebildet. In die Kommission werden sachkundige Bürger berufen, die die Planungen vorberaten sollen. Erst Ende 2011 wurde die Friedhofsordnung beschlossen und jetzt soll die Gebührenerhöhung für die Friedhöfe beschlossen werden. Im HFA antwortete Maibach auf die Frage, warum dies nicht schon längst geschehen sei, sie werde doch in Kürze geschaffen. Die Stadtverordnete Rosi Wenzel (SPD) wies darauf hin, dass bereits 2010 im letzten Protokoll der damaligen Friedhofskommission festgehalten war, dass weitere Sitzungen erforderlich sind. Dennoch hat der Bürgermeister nach der Kommunalwahl 2011 keine neue Friedhofskommission eingerichtet. Als im Herbst 2011 sodann die Friedhofsordnung durch die Stadtverordneten beraten und am 13.12.2011 beschlossen wurde, hatten Stadtverordnete bereits darauf hingewiesen, dass auch für diese Friedhofsordnung die Beratung durch eine Kommission notwendig gewesen wäre. Dessen ungeachtet wurde die Friedhofsordnung seinerzeit durch die Stadtverordneten ohne Anhörung von sachkundigen Bürgern beschlossen. Wenn jetzt die Gebührenordnung der Friedhöfe neu beschlossen wird, ist eine danach erfolgende Bildung der Friedhofskommission sinnlos, da auf Jahre hin vermutlich nichts neu entschieden werden wird. Das kann man sich nun sparen, bis die Kommission wirklich wieder gebraucht wird, so der BBB-Vorsitzende Joachim Rechholz. Rund zwei Jahre seien durch beharrliches Nichtstun des Bürgermeisters verstrichen. Offensichtlich sei also seitens des Bürgermeisters eine Beteiligung sachkundiger Bürger an den

Entscheidungen zu den Friedhöfen gar nicht gewollt. Dieses „Nichtstun“ des Bürgermeisters ist leider kein Einzelfall, sondern eher die Regel. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde z.B. der „Präventionsrat“ zum Thema. Hier passiert seit 2008 nichts, obwohl insbesondere die SPD die Einrichtung mehrfach gefordert hat. Übrigens fand die Friedhofsgebührenordnung im HFA dennoch eine Mehrheit, die Erhöhung der Steuern nicht. Überdies sei es bezeichnend, dass der Bürgermeister wieder einmal ein teures Sachverständigenbüro mit der Ausarbeitung des Entwurfs für eine neue Friedhofsgebühren-satzung beauftragt habe. Wozu werden im Rathaus Sachbearbeiter gut bezahlt, wenn solche Arbeiten durch Dritte erstellt werden? Allein für die Beratung durch Rechtsanwälte hat die Stadt einschließlich der "Beratung" für die "Neue Mitte" in den letzten zwei Jahren über 200.000.- Euro ausgegeben. Das kann man nur als Verschwendung bezeichnen. Öffentliche Mittel werden zum Fenster hinaus geworfen. Es klingt schon zynisch, wenn vom Bürgermeister gleichzeitig behauptet wird, man sei im Begriff zu sparen und den Haushalt zu stabilisieren.